



ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
1010 Wien, Herrngasse 7, Telefon 01/53126-3484, E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSITZUNG vom 17. und 18.01.2018

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

Personalmaßnahmen

VERSETZUNGEN

Es wurden bundesweit 35 Versetzungen beschlossen

PLANSTELLENBESETZUNGEN

Es wurden bundesweit 11 Planstellenbesetzungen beschlossen

Anträge und Antragsbeantwortungen

Anträge

Zentralausschuss

Antrag auf rasche Umsetzung der noch offenen Bewertungsverbesserungen im Zusammenhang mit GEMEINSAM.SICHER, nämlich Anhebung der Bewertung für Inspektionskommandanten ab einem Personalstand von 18 bis 29 Bediensteten in E2a/6 und Anhebung der Bewertung für Inspektionskommandanten ab einem Personalstand von 30 Bediensteten in E2a/7 sowie Befassung des nunmehr zuständigen Bundesministeriums für öffentlichen Dienst und Sport

FSG im Zentralausschuss

Antrag betreffend Dienststellenstrukturkonzept 2014 – Bekanntgabe des Verfahrensstandes betreffend Ausdehnung der Wahrungsbestimmungen gem. § 113e Gehaltsgesetz um finanzielle Einbußen betroffener Kolleginnen und Kollegen zu verhindern sowie Befassung des nunmehr zuständigen Bundesministeriums für öffentlichen Dienst und Sport

Fachausschuss Oberösterreich

Antrag auf Aussetzung der Bereitschaftseinheit in OÖ nach Ablauf der Probezeit



Fachausschuss Kärnten

Antrag auf Abgeltung von tatsächlich anfallenden Reisekosten bei Auslandsreisen und Zuweisung von Mobiltelefonen mit Auslandsfreischaltung für Flugabschieber/innen

Antrag auf Aufhebung der Zuteilungen zur LPD Tirol und Überprüfung des tatsächlichen Bedarfs

Antrag auf 125 bis 150 Neuaufnahmen in Form von E2c-GAL für den Bereich der LPD Kärnten

Fachausschuss Wien

Antrag auf Zuerkennung der pauschalierten Reisegebühr gem. § 39 RGV für den FB 1.2 ASE WEGA

Fachausschuss NÖ und Kärnten

Antrag auf Ankauf von Dienstkraftfahrzeugen mit Freisprecheinrichtungen bei künftigen Neuanschaffungen

Antwortschreiben

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Kärnten betreffend Erhaltung bzw. Erhöhung der Exekutivplanstellen und Anpassung der Bewertungen im Bereich der Logistikabteilungen im Zuge der derzeit stattfindenden Begutachtung

Es ist nicht Ziel des BM.I im Bereich der Logistikabteilungen Exekutivarbeitsplätze abzubauen, allerdings können Arbeitsplätze, die zum überwiegenden Teil keine exekutivspezifischen Inhalte aufweisen, nicht als E-Planstellen definiert werden.

Eine endgültige Festlegung der Anzahl an E- und A-Arbeitsplätzen kann erst nach dem Vorliegen sämtlicher Arbeitsplatzbeschreibungen, der inhaltlichen Zuordnung zu den Verwendungsgruppen und nach Bewertungsverhandlungen mit dem nunmehr zuständigen Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport getroffen werden.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Oberösterreich – Erweiterung der Möglichkeiten für Online – Abfragen auf Fahndungslaptops

Die neue Such-Logik soll im 1. Quartal 2018 umgesetzt werden, wodurch eine bessere Suche gewährleistet sein soll.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Steiermark – Aufstockung der steirischen Exekutive um zumindest 300 Planstellen

Die LPD Steiermark ist mit einem aktuell sehr gut besetzten Personal-IST-Stand ausgestattet. Darüber hinaus sind weitere Polizeischülerinnen und –schüler im Bereich der LPD Steiermark in genügender Zahl in Ausbildung.

BM.I: Antwortschreiben zum Antrag des FA Wien – Abänderung der DZR 2017 betreffend Anfall von Minusstunden beim Wechsel vom Gruppen- in den Wechseldienst

Eine dem Antrag entsprechende Lösung im Sinne der Umkehr der systemrelevanten Prioritäten hinsichtlich des Verbrauches eines Zeitguthabens von Feiertagsgutschrift und Erholungsurlaub wird in die Wege geleitet.

BM.I: Erlass betreffend Warnweste für den uniformierten Fahrraddienst – Fahrradwarnweste

Für alle Bediensteten des uniformierten Fahrraddienstes wird eine Fahrradwarnweste normiert. Diese ist als Oberbekleidung ein Teil der Fahrraduniform – Erstausrüstung für den uniformierten Fahrraddienst – und künftig von den Logistikabteilungen der LPD zur Verfügung zu stellen. Die PUV 2015, Anhang 1 – Ausstattungsumfang, Punkt 2.9, uniformierter Fahrraddienst wird im Zuge der nächsten Überarbeitung entsprechend ergänzt werden.

BM.I: – Erlass betreffend Einführung der Funktion „Kommandant vor Ort“ (KvO)

In Übereinstimmung mit dem Zentralausschuss wurde folgende weitere Vorgehensweise für die Umsetzung durch die Landespolizeidirektionen festgelegt:

Der lokale KvO wird in allen SPK sukzessive bis 30.6.2018 umgesetzt. Soweit noch keine ausreichende Anzahl ausgebildeter KvO verfügbar ist, begrenzt die LPD die Umsetzung zunächst auf neuralgische Tages- und Wochenzeiträume und weitet den Dienstbetrieb bis spätestens 30.06.2018 auf die 24/7-Verfügbarkeit aus.

Die Rolle des lokalen KvO im Bereich der BPKs wird **derzeit nicht** umgesetzt. Im Zuge der Installierung der LLZ neu, wird diese Thematik neuerlich beleuchtet werden. - **Allfällige bereits begonnene Probetriebe in den BPK sind einzustellen.**

Der landesweite KvO wird im Sinne des vorliegenden Erlasses in allen LPD weiter sukzessive bis zum 30.06.2018 umgesetzt, mit dem Ziel die vorerst verfügbaren dienstbetrieblichen/ dienstplanerischen Rahmenvorgaben der LPDs nach einer mehrmonatigen Erprobung im Echtbetrieb nach Evaluierung möglichst zu vereinheitlichen/anzugleichen.

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentralausschuss insgesamt 291 Schriftstücke behandelt.

Mit kollegialen Grüßen

Reinhard ZIMMERMANN
Vorsitzender

Hermann WALLY
Vorsitzender Stv.

Dietmar HEBENSTREIT
Vorsitzender Stv.